E 17/2007

LANDTAG NORDRHEIN-WESTFALEN

17. Wahlperiode

13.09.2021

Unterausschuss Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder des Ausschuss für Familie, Kinder und Jugend (Kinderschutzkommission)

Britta Altenkamp MdL

Einladung

16. Sitzung (öffentlich, Livestream) der Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder (Kinderschutzkommission)

am Montag, dem 20. September 2021, 10.00 Uhr bis 13.30 Uhr, Raum E3 D 01

Landtag Nordrhein-Westfalen Platz des Landtags 1 40221 Düsseldorf

Gemäß § 53 Absatz 1 der Geschäftsordnung des Landtags berufe ich den Unterausschuss ein und setze folgende Tagesordnung fest:

Tagesordnung

Polizei und Justiz

Stellungnahme 17/4176 Stellungnahme 17/4189 Stellungnahme 17/4204 Stellungnahme 17/4229 Stellungnahme 17/4231 Stellungnahme 17/4242 Stellungnahme 17/4243 Stellungnahme 17/4246 Stellungnahme 17/4279

- Anhörung von Sachverständigen -

gez. Britta Altenkamp - Vorsitzende -

F. d. R.

Markus Müller Kommissionsassistent

Anlage Verteiler Fragenkatalog

Anhörung von Sachverständigen

der Kinderschutzkommission

"Polizei und Justiz"

Montag, 20. September 2021 10.00 Uhr bis 13.00 Uhr, E3 D 01

Verteiler

Petra Ladenburger Rechtsanwältin Köln

Zentral- und Anspechstelle Cybercrime (ZAC NRW) Staatsanwaltschaft Köln Köln

Landeskriminalamt NRW
Dezernat 43 - Zentrale Auswertungsund Sammelstelle Kinderpornographie
Sven Schneider
Düsseldorf

Betroffenenrat beim UBSKM c/o Unabhängiger Beauftragter für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs
Berlin

Direktor des Landeskriminalamtes NRW Ingo Wünsch Düsseldorf Richter am Amtsgericht Edwin Pütz Amtsgericht Düsseldorf Düsseldorf

Polizeipräsidium Köln Herrn Kriminaldirektor Michael Esser Leiter der BAO Berg Köln

Deutscher Kinderschutzbund Landesverband NRW e.V. Wuppertal

Die Beauftragte für den Opferschutz des Landes Nordrhein-Westfalen Elisabeth Auchter-Mainz Köln

Schriftliche Anhörung von Sachverständigen

der Kinderschutzkommission

"Polizei und Justiz"

Fragenkatalog

Bearbeitung von (Verdachts-)Fällen von Kindeswohlgefährdung

- 1. Welche Möglichkeiten gibt es aktuell für die Polizei und Justiz,
 - a. allgemein gegen Kindeswohlgefährdungen vorzugehen?
 - b. effektiv gegen Missbrauchsabbildungen im Internet vorzugehen?
 - c. Täterinnen und Täter (im Internet) ausfindig zu machen?
 - d. Ermittlungsverfahren im Fall von Kindeswohlgefährdung zu beschleunigen?
- 2. Wie wird eine kindgerechte und altersangemessene Sprache in den Vernehmungssituationen effektiv gewährleistet?
- 3. Wie müssen Räumlichkeiten ausgestattet sein, damit Kinder und Jugendliche in einer unterstützenden Atmosphäre verhört werden?
- 4. Wie kann ein besserer Opferschutz gewährleistet werden, der die Belastungen für die Opfer auf das unbedingt notwendige Maß reduziert? Welche Rolle spielt die Anwendung von § 58a StPO (Aufzeichnung der Vernehmung in Bild und Ton) aktuell bei Strafverfahren und sehen Sie hier Verbesserungspotenzial?
- 5. Welche Unterstützung erfahren Mitarbeitende der Polizei und Justiz bei der Bearbeitung von Kindeswohlgefährdungen, bspw. bei der Sichtung von Videomaterial, das sexualisierte Gewalt gegen Kinder und/oder Jugendliche zeigt?

Fort- und Weiterbildung sowie Qualifizierung

6. Inwiefern werden Mitarbeitende aus Polizei und Justiz im Umgang mit Kinderschutzfällen sowie mit den betroffenen Kindern (ggf. interdisziplinär) qualifiziert? Gibt es verbindlich vorgeschriebene Fortbildungsangebote, bspw. im Bereich "Gesprächsführung mit Kindern und Jugendlichen"?

7. Inwiefern ist psychologisches Training bereits Teil der Aus- oder Fort-/Weiterbildung der vernehmenden Personen, um zu verstehen und zu erkennen, dass Kinder, die aufgrund der persönlichen Nähe zu Täterinnen und Tätern aus der Verwandtschaft oder aus Sorge um eine Streit zwischen den Eltern, Täterinnen und Täter in Schutz nehmen?

Zusammenarbeit mit anderen Akteuren

- 8. Inwiefern sind oder können Polizei und Justiz Teil einer Netzwerkarbeit zum Kinderschutz sein? Welche etwaigen Hindernisse gibt es und welche Folgen können daraus schlimmstenfalls resultieren? Gibt es Good Practice-Beispiele?
- 9. Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit zwischen Polizei und Justiz mit den Jugendämtern sowie mit dem Gesundheitswesen?
- 10. Wie gestaltet sich die Einbindung einer therapeutischen Behandlung und die Einbeziehung von Jugendpsychiaterinnen und -psychiatern und oder Psychotherapeutinnen und -therapeuten vor der eigentlichen Vernehmung?

Beteiligung von Kindern/Jugendlichen sowie Berücksichtigung von Kinderrechten

- 11. Inwiefern und wann werden Kinder und Jugendliche bei der Ausgestaltung von Anschlusshilfen und/oder Rückführungen beteiligt? Welche weiteren Akteure werden hinzugezogen?
- 12. Inwiefern werden Kinderrechte im Rahmen der Behandlung von (Verdachts-)Fällen von Kindeswohlgefährdung durch Polizei und Justiz angemessen berücksichtigt und geschützt?
- 13. Wie kann das Wohl des Kindes vorranging betrachtet werden?

Handlungs- und Weiterentwicklungsbedarf

14. Welchen (gesetzlichen) Handlungsbedarf sehen Sie im Bereich Polizei und Justiz auf Bundes- und Landesebene?
